



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Senatorin für Finanzen
Frau Bürgermeisterin
Karoline Linnert
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Auskunft erteilt
Ina Menzel
Zimmer 14
Tel. (0421) 361 89451
Fax (0421) 496 2215
E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de
Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
9-05 Me/ko
Bremen, 12. Dezember 2017

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2018

Sehr geehrte Frau Linnert,

wir danken Ihnen für die Übersendung des Entwurfs der Senatsvorlage zur
Ausbildungsplanung 2018.

Der Gesamtpersonalrat teilt die Auffassung, dass Einstellungen und eine qualitativ
hochwertige Ausbildung von Nachwuchskräften dazu beitragen, eine differenzierte und
ausgewogene Personalstruktur zu erreichen und dadurch die Aufgaben des öffentlichen
Dienstes in quantitativer und qualitativer Hinsicht erledigt werden können.

Um im Wettbewerb um geeignete Nachwuchskräfte bestehen zu können, ist es neben der
Weiterentwicklung bisheriger Marketingmaßnahmen erforderlich, durch eine
Imagekampagne für den öffentlichen Dienst die Vielfalt der Aufgaben und die
Karrieremöglichkeiten im Anschluss an die Ausbildung stärker herauszustellen.

Die Durchlässigkeit zwischen einzelnen Fachrichtungen und die Aufstiegsmöglichkeiten
innerhalb der Fachrichtungen müssen verbessert und hierzu Aufstiegsregelungen und
Fortbildungsgänge in ausreichender Zahl angeboten werden.

Zur Attraktivität der Ausbildung sind gute Rahmenbedingungen für die Ausbildung
erforderlich. Hierzu sind nach Auffassung des Gesamtpersonalrats erhebliche
Verbesserungen in der räumlichen Ausstattung der Ausbildungseinrichtungen wie auch
Verstärkungen beim Lehr-/Ausbildungspersonal erforderlich, dies gilt insbesondere
hinsichtlich der Ausbildung für die Polizei, die Steuerverwaltung und die allgemeine

Verwaltung. Ohne entsprechende Verbesserungen ist die erforderliche gute Qualität der Ausbildung nicht zu gewährleisten.

Ausbildung muss auch für die Ausbilderinnen und Ausbilder/Anleiterinnen und Anleiter attraktiver werden, denn deren Engagement ist ebenfalls wesentlich für den Erfolg der bremischen Ausbildungsanstrengungen.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass wiederum 50 Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und Verwaltungsinspektor-Anwärter eingestellt werden sollen. Der Gesamtpersonalrat hat aufgrund der in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen jedoch Zweifel, dass es tatsächlich gelingt, weitere Bedarfe durch Absolventinnen und Absolventen des Europäischen Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung zu decken.

Die Einstellung von 40 Auszubildenden im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/ Verwaltungsfachangestellter wird als nicht ausreichend angesehen, da bei der Planung nicht berücksichtigt wurde, dass erfahrungsgemäß ein nicht unerheblicher Anteil der Auszubildenden nach Abschluss der Ausbildung nicht in die Berufstätigkeit wechselt, sondern sich für eine Weiterqualifizierung entscheidet.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass im nächsten Jahr wieder 20 Personen für den Aufstieg in die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt bzw. zur Aufstiegsfortbildung zur Verwaltungsfachwirtin/zum Verwaltungsfachwirt zugelassen werden. Ein weiterer Aufstiegslehrgang für Bedienstete des Jobcenters Bremen wird vom Gesamtpersonalrat ebenfalls befürwortet.

Die Einstellung von 18 Sozialinspektor-Anwärterinnen und Sozialinspektor-Anwärtern sieht der Gesamtpersonalrat positiv.

Der Gesamtpersonalrat ist erstaunt, dass nur 3 Plätze für Technische Oberinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter der Fachrichtung technische Dienste eingestellt werden sollen. Angesichts des ständig beklagten Mangels an Fachkräften wären verstärkte Ausbildungsanstrengungen der betroffenen Dienststellen/Einrichtungen sehr wünschenswert.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt grundsätzlich die geplanten Einstellungszahlen auf dem Niveau des Vorjahres für den Bereich der Polizei. Angesichts der starken altersbedingten Personalabgänge der nächsten Jahre einerseits und der zunehmenden Anforderungen und des Aufgabenzuwachses zum Beispiel im Bereich der Bekämpfung extremistischer und islamistischer Kriminalität, der stetigen Terrorgefahr und der gestiegenen Einsatz- und Fallzahlen, ist die für 2018 geplante Einstellungszahl die unterste Grenze des Notwendigen.

Bei der Berechnung der Einstellungszahlen wünscht sich der Gesamtpersonalrat mehr Transparenz, insbesondere sollte deutlich werden, wie und in welchem Maße Abgänge aus dem Polizeibereich - neben den Altersabgängen - bei der Planung der Ausbildungszahlen berücksichtigt werden. Hierbei sind Versetzungen oder Abordnungen z.B. an das Landesamt für Verfassungsschutz, Mutterschutz und Elternzeit, Teilzeitbeschäftigungen einzuplanen, und es ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Anwärterinnen und Anwärter das Ausbildungsziel erreichen.

Die geplanten Einstellungen im Bereich der Feuerwehr und im Justizbereich werden vom Gesamtpersonalrat begrüßt.

Der Gesamtpersonalrat ist erfreut, dass die Kontinuität der Ausbildung in der Steuerverwaltung auch im Jahre 2018 fortgeführt und die Zahl der Ausbildungsplätze auf insgesamt 50 Anwärterinnen und Anwärter erhöht wird. Grundsätzlich ist jedoch wieder anzumerken, dass die Gesamtzahl weiterhin unzureichend ist, weil die Einstellungsquote, - d.h. die Zahl der Absolventinnen und Absolventen, die tatsächlich eine Tätigkeit in der Steuerverwaltung aufnehmen - im langjährigen Mittel bei etwa 70 v. H. der Auszubildenden liegt. Damit können die Abgänge in der Steuerverwaltung nicht ausgeglichen werden.

Für den Bereich der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen im Anerkennungsjahr ist aus Sicht des Gesamtpersonalrats anzumerken, dass die vorgesehenen Plätze einerseits zu wenig sind, um den Bedarf an ausgebildeten Fachkräften zu decken, sich aber andererseits abzeichnet, dass es kaum genügend Bewerberinnen und Bewerber für diese Plätze gibt. Die Anzahl der Studienplätze müsste daher drastisch erhöht werden. Es mangelt außerdem an Anleiterinnen und Anleitern, da viele erfahrene Kräfte durch Rente ausscheiden.

Für den Bereich der Erzieherinnen und Erzieher ist festzustellen, dass es ebenfalls nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber für die Plätze gibt. Um den Fachkräftemangel zu beheben ist es dringend notwendig, die Plätze zu besetzen und die Praktikantinnen und Praktikanten für den bremischen öffentlichen Dienst zu gewinnen. Hierfür muss intensiver bei den Fachschulen in anderen Bundesländern z. B. in Nordrhein-Westfalen geworben werden. Der Gesamtpersonalrat ist weiterhin sehr interessiert daran, das Ausbildungsangebot des Aus- und Fortbildungszentrums um das zusätzliche Angebot der dualen Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher in Zusammenarbeit mit den entsprechenden staatlichen Berufsschulen zu ergänzen. Um schnell eine gute duale Erzieherinnen- und Erzieherausbildung zu gewährleisten, sollte hier auf das Fachwissen und die Erfahrung des Aus- und Fortbildungszentrums bei dualen Ausbildungen zurückgegriffen werden. Aus unserer Sicht macht es großen Sinn, vorhandene Strukturen zu nutzen.

Auch für diesen Bereich ist es wichtig, durch geeignete Maßnahmen zusätzliche Anleiterinnen und Anleiter bzw. Ausbilderinnen und Ausbilder zu gewinnen.

Der Gesamtpersonalrat ist erfreut, dass auch in diesem Jahr die Ausbildungsquote von 8 % überschritten wird.

Die Ausweitung der Einstiegsqualifizierung für geflüchtete junge Menschen wird vom Gesamtpersonalrat ausdrücklich begrüßt. Die vorgesehene Verstärkung des Personalbestandes für die sozialpädagogische und verwaltungsmäßige Betreuung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist sehr wichtig. An dem zu erarbeitenden Bildungs- und Betreuungskonzept ist der Gesamtpersonalrat ebenfalls interessiert.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen



Ina Menzel
stellv. Vorsitzende